

Die Schweiz in der Dauerdefensive

Im Steuerstreit ist keine klare Verhandlungsstrategie seitens der Schweiz erkennbar. Von Walter Steiner

Das Bankkundengeheimnis wird durchlöchert. Es nähert sich der Tag, an dem der gesetzlich verankerte Schutz der Privatsphäre für ausländische Kunden zu Makulatur wird. Parallel dazu laufen die Bemühungen internationaler Organisationen und ausländischer Staaten, absolute Transparenz in Steuerfragen herzustellen. Die Schweiz wird unter Druck gesetzt, damit sie ihre Gesetze, Reglemente, Usanzen und kulturellen Besonderheiten anpasst oder aufgibt. Das Ausmass und die Schnelligkeit, in denen die Schweiz unter solchem Druck eigene Positionen aufgibt oder Forfait signalisiert, geben zu denken. Für den aussenstehenden Beobachter ist weder eine Verhandlungsstrategie noch eine Verhandlungstaktik erkennbar. Erkennbar ist stattdessen, dass den federführenden Akteuren Mut und Kampflust abhandengekommen sind.

Vorausseilende Kompromisse

Das eine Lager, wozu die Vorsteherin des Finanzdepartements zählt, glaubt mit vermeintlicher politischer Korrektheit und fleissig erworbener Dossierkompetenz punkten zu können. Als ob es bei den Verhandlungen über das Bankkundengeheimnis oder über Steuerfragen nicht um handfeste politische und wirtschaftliche Interessen der internationalen Verhandlungspartner ginge. Die Bundesrätin repräsentiert jene Schweiz, die gern schon vor den eigentlichen Verhandlungen Kompromissbereitschaft signalisiert und dann die Kompromisslosigkeit der internationalen Verhandlungspartner zum Anlass für weitere Kompromisse nimmt. Zur zweiten Gruppe gehören die Exponenten, denen es primär um das eigene Geschäft geht. Unter diese Kategorie fallen namentlich Bankenvertreter, die Benachteiligungen beim Zutritt zu den internationalen Märkten, hohe Kosten oder hohe Bussen befürchten. Sie wollen eine «Lösung» um jeden Preis, dafür sofort, und sind auch zu opportunistischer Anbiederung bereit.

Dass das Bankkundengeheimnis Steuerbetrüger nicht schützt, und dass die Schweiz bei begründetem Verdacht auch für Steuerhinterziehung Rechtshilfe leistet, wird ausgeblendet. Dass der Finanzsektor hierzulande sehr wohl reglementiert ist und die Schweiz in der Bekämpfung der Geldwäsche nachweislich zu den aktivsten Ländern der Welt gehört, ist ebenfalls kein Thema. Eine kleine Randnotiz: Im letzten Jahr hat die Schweizer Meldestelle für Geldwäscherei 1585 Verdachtsmeldungen über ein Vermögen von 3,15 Milliarden Franken erhalten.

Das pragmatische Regelwerk des Finanzplatzes Schweiz kontrastiert mit dem Rechts- und Gerechtigkeitsverständnis anderer Staaten. Die Amerikaner demonstrieren mit ihrer Foreign Account Tax Compliance Act (Fatca), dass sie fiskalpolitisch die ganze Welt als ihr Territorium betrachten und ganz selbstverständlich davon ausgehen, dass ihre administrativen Vorgaben von allen Finanzintermediären komplizenhaft erfüllt werden. Politiker in Deutschland und Frankreich stellen die Schweiz an den Pranger, um die ideologisch und wahlpolitisch motivierte Skandalisierung der Steuerflucht zu fördern und von den hausgemachten Defiziten ihrer Staatshaushalte abzulenken. Wenn von sozialer Gerechtigkeit, Chancengleichheit und «moralisation» die Rede ist, bekommen regelmässig auch die Schweizer Banken ihr Fett ab. SPD-Chef Sigmar Gabriel warf den Schweizer Banken im August 2012 nicht weniger als «organisierte Kriminalität» vor.

Die offizielle Schweiz aber befindet sich in der Dauerdefensive und reagiert überhastet. Anstatt nach einer gewissen Gefechtspause ebenfalls treffsicheres rhetorisches Geschütz aufzufahren und zu signalisieren, dass rechtsstaatliche Grundsätze nicht verhandelbar sind, wird laut darüber nachgedacht, wie man die Forderungen am schnellsten erfüllen kann. Folgenschweres Beispiel ist der 2009 vollzogene Entscheid des Bundesrats, durch die Lieferung umfangreicher Datensätze UBS-Kunden den amerikanischen Steuerbehörden ans Messer zu liefern. Mit dem «Plan B», den der Bundesrat als Alternative zur gescheiterten «Lex USA» präsentiert hat, sowie den Empfehlungen für den automatischen Informationsaustausch (AIA) soll die Kapitulationsgeschichte fortgeschrieben werden.

Selbstbewusste Kommunikation

Die Zukunft gehört der Weissgeldstrategie. Sie wurde sowohl von der Schweizerischen Bankiervereinigung als auch von der Landesregierung zum offiziellen Ziel erklärt. Die Weissgeldstrategie sollte primär als Verzicht auf unversteuerte Vermögen verstanden werden. Sie könnte problemlos ohne AIA umgesetzt werden. Leider deutet alles darauf hin, dass die Geringschätzung der finanziellen Privacy, die erpresserischen Forderungen ausländischer Behörden in Steuerfragen sowie die mangelnde Geschlossenheit der politischen und wirtschaftlichen Verantwortlichen das grenzüberschreitende Bankkundengeheimnis aushebeln. Ein klarer Positionsbezug und eine selbstbewusste Kommunikation hätten diesen Prozess mindestens so lange verzögern können, bis eine taugliche globale Lösung, am ehesten im Rahmen der OECD, gefunden worden wäre. Kommunikation kann nicht alles. Ihr Wirkungspotenzial einfach zu ignorieren, ist indessen kurzsichtig.

.....
Walter Steiner ist Ökonom und Inhaber der Steiner Kommunikationsberatung. Von 1981 bis 1989 war er stellvertretender Chefredaktor der «Handelszeitung».